

**Wahlprogramm**  
**zur Landtagswahl 1970**  
der Freien Demokratischen Partei  
Landesverband Bayern

**„Programm für Bayern“**

(Beschlossen auf dem Landesparteitag  
in Würzburg am 27./28. Juni 1970)

# PROGRAMM FÜR BAYERN



BESCHLOSSEN  
AUF DEM LANDESPARTEITAG  
DER F.D.P. BAYERN  
AM 27./28. JUNI 1970  
IN WÜRZBURG

**F.D.P.**  
FORTSCHRITT  
AUCH IN BAYERN

*D1-523*

# PROGRAMM FÜR BAYERN

Beschlossen auf dem Landesparteitag  
der F.D.P. Bayern  
am 27./28. Juni 1970 in Würzburg

# INHALT

|                                              |                                                    |    |
|----------------------------------------------|----------------------------------------------------|----|
| Präambel                                     | Programm für Bayern                                | 3  |
| Parlament und Verwaltung                     | Mehr Rechte für den Bürger                         | 4  |
| Wirtschafts-, Finanz- und<br>Strukturpolitik | Gleiche Chancen in ganz Bayern                     | 6  |
| Verkehr                                      | Dringend: Generalverkehrsplan                      | 9  |
| Bildung und Kultur                           | Für Bayern ein fortschrittliches<br>Bildungssystem | 10 |
| Gesundheit                                   | Vorsorge fürs Leben                                | 15 |
| Landwirtschaft                               | Unabhängige Bauern                                 | 16 |
| Sicherheit und Strafvollzug                  | Vorbeugende Verbrechens-<br>bekämpfung             | 19 |
| Schlußwort                                   | Bayern braucht die F.D.P.                          | 20 |

# PRÄAMBEL

## PROGRAMM FÜR BAYERN

In Bayern müssen die politischen Kräfteverhältnisse entscheidend geändert werden. Zwanzig Jahre hat die CSU regiert und versäumt, die fortschrittliche Entwicklung aller Landesteile zu sichern.

Die SPD hat sich einseitig auf parteipolitische Pflichtübungen beschränkt. Sie hat unterlassen, die Fehlleistungen der Regierung überzeugend zu bekämpfen.

Was in Öffentlichkeit und Presse schon befürchtet wurde, ist eingetreten. Der Landtag ohne F.D.P. ist ein Landtag ohne Fortschritt.

Jedermann muß einsehen: Was die CSU in zwanzig Jahren verhindert und versäumt hat, kann nicht über Nacht wieder gutgemacht werden. Die F.D.P. im neuen Bayerischen Landtag ist jedoch entschlossen, den Rückschritt in Bayern zu überwinden und Lösungen für den Fortschritt aufzuzeigen.

Für dieses Ziel haben wir ein Programm für Bayern.

# PARLAMENT UND VERWALTUNG

## MEHR RECHTE FÜR DEN BÜRGER

*Kontrolle der  
Macht — ein  
Grundsatz der  
freiheitlichen  
Demokratie*

Unter der Herrschaft der CSU ist die Macht der Ministerialbürokratie undurchschaubar und ohne Kontrolle gewuchert. Ausführungsbestimmungen von CSU-Beamten bestimmen die politische Wirklichkeit in Bayern. Deshalb müssen sich Geist und Stil der öffentlichen Verwaltung grundlegend ändern. Anstelle des Obrigkeitsdenkens muß die Zusammenarbeit treten. Der Bürger ist Partner und nicht Untertan. Der Staat ist für den Bürger da. Deshalb fordern wir Freien Demokraten:

*Ein Bürger-  
beauftragter  
für Bayern  
verbürgt mehr  
Schutz für den  
Einzelnen*

- \* Ein vom Landtag gewählter Bürgerbeauftragter bekommt eine direkte Kontrollmöglichkeit:
  - \* aus eigener Initiative,
  - \* auf Antrag von Bürgern.
- Der Landtag wählt den Bürgerbeauftragten mit Zweidrittelmehrheit. Er soll den Schutz der Rechte gegenüber der öffentlichen Verwaltung garantieren. Dem Bürgerbeauftragten ist bei allen Behörden und Institutionen Informationsrecht zu sichern. Der Bürgerbeauftragte

hat die Pflicht, die Öffentlichkeit zu informieren. Er hat das Recht, Bezirksbüros in den Regierungsbezirken einzurichten.

- \* Die Zersplitterung der Verwaltungsbürokratie in Bayern muß zugunsten einer leistungsorientierten Verwaltung beseitigt werden.
- \* Eine Vereinfachung der Verwaltung und Verkürzung der Verwaltungsvorgänge durch eine sachlich gerechtfertigte Verlagerung der Zuständigkeiten von oben nach unten ist dringend erforderlich. Die Möglichkeiten der Datenverarbeitung müssen zentral genutzt werden.
- \* In Bayern gibt es noch Gemeinden unter 500 Einwohnern. Dies ist nicht mehr zeitgemäß. Die längst fällige Gebietsreform muß daher durchgeführt werden. Aus vielen kleinen Dörfern müssen leistungsfähige Gemeinden werden. Hierbei darf aber nicht über die Köpfe der Bürger hinweg entschieden werden.
- \* Alle im öffentlichen Dienst Beschäftigten haben Anspruch auf leistungsbezogene Aufstiegschancen und aufgabengerechte Dienstbezüge. Durch ein modernes, einheitliches Dienstrecht in den verschiedenen Verwaltungszweigen sind die Voraussetzungen hierfür zu schaffen.
- \* Bei der Besetzung wichtiger Posten darf nur die fachliche Qualifikation und nicht das Parteibuch oder Religionsgemeinschaft den Ausschlag geben.
- \* Die Kontrollmöglichkeiten des Parlaments müssen erleichtert und erweitert werden. Allen Fraktionen müssen in gleicher Weise Assistenzkräfte zur Verfügung gestellt werden. Die Opposition muß informiert sein wie die Regierung.  
Die Ergebnisse aus Gutachten, Untersuchungen und Erhebungen, die aus Staatsmitteln finanziert werden, sind allen Parteien zugänglich zu machen.  
Ministerialentschlösungen müssen automatisch und sofort den zuständigen Landtagsausschüssen zugeleitet werden.
- \* Volksbegehren und Volksentscheid müssen erleichtert werden. Insbesondere soll auch der Gemeindeentscheid in wichtigen Fragen der Planung und Entwicklung eingeführt werden.
- \* Jeder Bürger muß sich unterrichten können, wie die Abgeordneten in wichtigen Fragen abgestimmt haben. Deshalb muß namentliche Abstimmung zur Regel gemacht werden.
- \* Im Interesse der freiheitlichen Demokratie ist die Unabhängigkeit von Presse, Rundfunk und Fernsehen zu stärken. Den Journalisten sind vorrangig Informationsmöglichkeiten einzuräumen; ihr Status muß im Sinne der Berufssicherheit gestärkt werden.

*Für eine  
leistungs-  
orientierte  
Verwaltung*

*Der Gemeinde-  
entscheid  
fördert die  
politische  
Mitverant-  
wortung*

# WIRTSCHAFTS-, FINANZ- UND STRUKTURPOLITIK

## GLEICHE CHANCEN IN GANZ BAYERN

*Gezielte  
Hilfen für die  
bayerischen  
Entwicklungs-  
gebiete*

Die Strukturpolitik des Bundes wird grundsätzlich begrüßt. Jedoch wird sie durch Einbeziehung immer neuer Gebiete in die Förderung verwässert; die Maßnahmen drohen sich gegenseitig aufzuheben.

Wir Freien Demokraten fordern deshalb eine stärkere Abstufung der Hilfen je nach der Entfernung von dem Wirtschaftsschwerpunkt. Andernfalls geraten Bayern und seine Entwicklungsgebiete — nicht zuletzt das Zonenrandgebiet von Unterfranken bis Niederbayern — immer mehr ins Hintertreffen gegenüber den westdeutschen Ballungsgebieten.

*Versäumnisse  
der CSU-  
Staats-  
regierung*

In Bayern sind schwerwiegende Fehler in der Strukturpolitik kennzeichnend für die Regierungstätigkeit der CSU. Sie erwies sich als unfähig, die wirtschaftlich benachteiligten Gebiete Ostbayerns und Frankens sichtbar voranzubringen. Abwanderung herrscht dort vor, weil periodisch hohe Arbeitslosenquoten auftreten.

Wir Freien Demokraten fordern daher ein mit dem Bund abgestimmtes Konzept, das allen Gebieten Bayerns gleiche Chancen gibt. Dazu gehören:

- \* Investitionshilfe für die Entwicklungsgebiete
- \* Ausbau des Verkehrsnetzes zur besseren Erschließung
- \* Festlegung von Schwerpunkten für die Ansiedlung in industrieleeren Räumen
- \* Einrichtung von Berufsförderungszentren, die mit modernen pädagogischen Mitteln den Menschen Zugang zu neuen Berufen verschaffen
- \* Wohn- und Freizeitwert der Entwicklungsgebiete müssen gehoben werden; der Wohnungsbau für Arbeitnehmer muß vordringlich gefördert werden
- \* Das Zonenrandgebiet bedarf vielfältiger Förderung, die nach der

Entfernung von der Grenze zu staffeln ist. Die F.D.P. setzt sich u. a. dafür ein, allen in den unmittelbar an die Grenze anstoßenden Landkreisen beschäftigten Arbeitnehmern Steuervergünstigungen zu gewähren, die den in Westberlin bestehenden entsprechen.

Nachlässigkeit und Uneinigkeit in der Regierungspartei haben dazu geführt, daß Bayern immer noch ohne Landesentwicklungsplan, ohne Generalverkehrsplan ist.

Erst der Landesentwicklungsplan schafft die Grundlage für fruchtbare Zusammenarbeit mit dem Bund und für einen sinnvollen Ausbau der gesamten Infrastruktur in Bayern.

Wir Freien Demokraten fordern:

- \* Die Bemühungen um eine eigene kostengünstige Energiebasis in Bayern ist insbesondere mit dem Ziel des Wettbewerbs verschiedener Energie-Arten fortzusetzen und zu verstärken. Vorsorge gegen einseitige Abhängigkeit ist zu treffen.
- \* An den bayerischen Hochschulen sind Forschungsdepartements einzurichten, die sich mit allen Fragen der Landesplanung und des Städtebaus wissenschaftlich befassen.  
Städte- und Wohnungsbau müssen sich an neuesten technischen, verkehrs- und strukturpolitischen, medizinischen und sozialpsychologischen Erkenntnissen orientieren. Ausgangspunkt darf nicht länger das „Dach über dem Kopf“ sein, sondern ein breit gefächertes Angebot des Wohnens, das in den Ballungsräumen der menschenfeindlichen Zersiedelung der Landschaft entgegenwirkt.
- \* Der Bodenspekulation muß entgegengetreten werden. Die bestehenden gesetzlichen Möglichkeiten sind auszuschöpfen. Das Städtebauförderungsgesetz ist beschleunigt zu verabschieden. Bodenspekulationsgewinne sind verstärkt steuerlich zu erfassen.
- \* Der Verfassungsauftrag des Art. 141 der Bayer. Verfassung muß verwirklicht werden. Demnach sind Seen und Naturschönheiten der Allgemeinheit zugänglich zu machen.

Die zunehmende Belastung der Großstadtmenschen durch negative Umwelteinflüsse (Lärm, Schmutz, Abgase) kann lebensbedrohend werden, wenn dieses Problem weiter vernachlässigt wird.

Daher fordern wir Freien Demokraten:

- \* Erhaltung der Grüngürtel um die Städte
- \* Verstärkten Ausbau des Staatsforstes als Erholungsgebiete
- \* Verlegung von Truppenübungsplätzen aus den Ballungsgebieten
- \* Förderung des Nationalparks „Bayerischer Wald“ und anderer überörtlicher Erholungsgebiete

*Sinnvolle  
Planung dient  
uns allen*

*Nachhaltige  
Verbesserung  
des Umweltschutzes*

- \* Zweckverbände, insbesondere zur Beseitigung von Müll und Abwässern sind zu fördern.

*Freie Initiative sichert die soziale Marktwirtschaft*

Die F.D.P. bekennt sich zur sozialen Marktwirtschaft. Intensiver Wettbewerb und eine Vielfalt von Betriebsformen und -größen in Produktion, Dienstleistung und Verteilung garantieren ein Höchstmaß an Leistungsfähigkeit, gesundem Wachstum und freiheitlicher Wirtschaftsordnung.

- \* Ein intensiver Wettbewerb dient dem Verbraucher. Er hält Preise und Währung stabil. Der Verbraucher darf nicht zum Spielball anonymer Wirtschaftsmächte werden. Wirtschaftsmonopole schaden dem Verbraucher ebenso wie eine dogmatische sozialistische Planwirtschaft.
- \* Die Wettbewerbsfähigkeit kleinerer und mittlerer Betriebe muß gestärkt werden. Dazu gehört die Förderung der Kooperation dieser Betriebe.
- \* Subventionen sind nur gerechtfertigt zur Milderung von Härten bei Strukturveränderungen. Sie sind zeitlich zu begrenzen. Die Ressorts haben jährlich dem Landtag über die Subventionen zu berichten.
- \* Die Finanz- und Steuerreform im Bund und im Land Bayern muß zügig vorangetrieben werden. Die Finanzausstattung Bayerns muß gestärkt werden, um die vorrangigen Bildungsinvestitionen finanzieren zu können.
- \* Die Steuerreform muß durch entsprechende Ausgleichsregelungen für die Gemeinden die Abschaffung unsachgemäßer Bagatellsteuern, wie Vergnügungssteuer, Eissteuern, Schankerlaubnissteuer, Getränkesteuer, ermöglichen. Die Gewerbesteuer ist entsprechend den bisherigen Anträgen der F.D.P. abzubauen.

*Entwicklung neuer Formen des Zusammenlebens*

In einer sich ständig verändernden Gesellschaft sind neue Formen des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenlebens zu entwickeln:

- \* Chancengleichheit für alle erfordert eine aktive Vermögensbildungspolitik des Staates. Die F.D.P. tritt für eine gerechtere Beteiligung aller am wachsenden Ertrag der Wirtschaft ein.
- \* Zur Erweiterung der Rechte des Einzelnen in unserer Gesellschaft fordert die F.D.P. eine stärkere Mitbestimmung der Arbeitnehmer. Deshalb ist das Betriebsverfassungsgesetz voll auszunutzen und auszubauen. Dagegen lehnt die F.D.P. die paritätische Mitbestimmung nach dem Montanmodell ab, weil sie lediglich neue Machtstrukturen aufbaut, nicht aber den Freiheitsspielraum des Einzelnen erweitert.

# VERKEHR

## DRINGEND: GENERALVERKEHRSPLAN

Die Verkehrsplanung in Bayern ist weitgehend über den Daumen gepeilt worden. Durch Einzelaktionen nach dem Beruhigungsprinzip hat die CSU-Regierung die Struktur in Bayern mehr verschlechtert als verbessert. Beispiele jahrelanger Saumseligkeiten: Viel zu später Beginn mit dem Bau von unterirdischen Massenverkehrsmitteln, das Problem Großflughafen München II und der Verbindungsring in München zwischen den Autobahnen Nürnberg und Salzburg.

Wir Freien Demokraten fordern:

*Bayern  
braucht ein  
leistungs-  
starkes Ver-  
kehrswesen*

- \* Hand in Hand mit den Entwicklungsplanern und dem Bund muß ein Generalverkehrsplan erstellt werden. Oberstes Gebot: die Verkehrswege von Straße, Schiene, Wasser und Luft müssen so koordiniert werden, daß optimale Verkehrsbedingungen gewährleistet werden.
- \* Entwicklungsgebiete müssen vorrangig bedacht werden.
- \* Die Ballungsgebiete brauchen mehr Schnellverkehrsmittel. Vorrangig müssen Nahverkehrsverbindungen zwischen Bundesbahn und den kommunalen Nahverkehrsträgern gefördert werden. Die großen Städte sind durch niedrige Verkehrstarife von der Lawine des Individualverkehrs zu entlasten.
- \* Der Verteilermodus der Mittel aus der Kfz.-Steuer für Gemeinden mit weniger als 5000 Einwohnern muß befriedigender geregelt werden.
- \* Autobahnfunk und Luftüberwachung müssen die Sicherheit auf den Straßen erhöhen.
- \* Computer müssen Verkehrsdichte, Verkehrsfluß und die Unfallwahrscheinlichkeit vorausberechnen.
- \* Das lebensgefährliche Nebeneinander in der Ersten Hilfe muß aufgehoben.  
Eine zentrale Leitstelle, eine einheitliche SOS-Nummer, ausgebildete Unfalhhelfer und die Zusammenarbeit mit allen Bundeswehrorganisationen können die Hilfsaktionen wesentlich verbessern.  
Es sind mehr Klinomobile zur Verfügung zu stellen und der Luftrettungsdienst auszubauen.
- \* Zur Erhöhung der Sicherheit sind mehr Verkehrsunterricht und mehr Übungsplätze für Erwachsene notwendig.

# BILDUNG UND KULTUR

## FÜR BAYERN EIN FORTSCHRITTLICHES BILDUNGSSYSTEM

*Die  
Entfaltung  
der Einzel-  
persönlich-  
keit —  
Ziel liberaler  
Bildungs-  
politik*

Bildung ist Bürgerrecht. Ziel liberaler Bildungspolitik ist es, die Voraussetzungen für die volle Entfaltung der Einzelpersönlichkeit zu schaffen. Dies setzt selbständige Menschen voraus, die verantwortungsbewußt und weltoffen in der Lage sind, ihr Leben in Familie, Beruf und Gesellschaft aus eigener Kraft gestalten zu können und die bereit sind, aktiv an einer lebendigen und demokratischen Entwicklung unserer Gesellschaft mitzuwirken. Die Demokratie braucht den kritischen Staatsbürger.

Die Bildungsinhalte sind neu zu bestimmen. Die F.D.P. tritt für ein offenes, leistungsfähiges Bildungssystem ein, in dem die verschiedenen Schulformen miteinander verbunden zur Wirkung kommen. Deshalb fordern wir Freien Demokraten:

- \* Vorschulische Erziehung
- \* Die Offene Schule
- \* Neuordnung der Berufsbildung
- \* Sofortige Reform der Lehrpläne
- \* Ausbau der Erwachsenenbildung
- \* Abbau autoritärer Formen
- \* Die Gesamthochschule
- \* Die geistig-seelische Entwicklung des Kindes wird entscheidend im vorschulischen Alter geprägt. Deshalb fordern wir die Einführung eines Vorschuljahres.
- \* In dieser Zeit muß die Ausdrucksfähigkeit und die selbständige Arbeitsweise des Kindes spielerisch entwickelt werden. Dabei sollen keine Fertigkeiten gefordert, sondern Fähigkeiten gefördert werden.
- \* Die Ausbildung der Kindergärtnerinnen muß qualifiziert werden und nach einheitlichen Grundsätzen entsprechend den gestiegenen Anforderungen erfolgen.
- \* Um die Kindergartenmisere zu beheben, müssen alle Träger Zuschüsse bekommen. Dazu muß das Sozialhilfe- und Jugendwohlfahrtsgesetz geändert werden.
- \* Leerstehende Zwergschulen können ohne finanziellen Aufwand als Kindergärten verwendet werden.
- \* Die Zuständigkeit für Kindergärten ist vom Arbeits- auf das Kultusministerium zu übertragen.

*Vorschulische  
Erziehung  
dringend  
erforderlich*

Die F.D.P. will die gesellschaftliche Abkapselung der Lehrer und Schüler in den verschiedenen Schulformen überwinden. Irrtümlich eingeschlagene Bildungswege müssen ohne großen Zeitverlust korrigiert werden können. Eine zu frühe Spezialisierung ist zu vermeiden. Die Zusammenarbeit von Lehrern, Eltern und Schülern bei der Erfüllung der gemeinsamen Erziehungsaufgaben soll intensiviert werden. Wir brauchen auch in Bayern endlich ein offenes Bildungssystem. Sein Kernstück ist die Offene Schule. Sie umfaßt Grundschule und Sekundarschulen (Hauptschule, Realschule, Gymnasium und berufsbildende Schulen).

*Die Offene  
Schule*

Grund- und Hauptschule müssen aufgewertet werden. Sie müssen einen neuen Inhalt bekommen.

In der Mittelstufe (11—16 Jahre) tritt eine Auffächerung der Bildungswege nach den verschiedenen Bildungsbedürfnissen ein. Sie schließt ab mit der Kollegreife. Diese qualifiziert zum Besuch der Fachoberschule oder zur beruflichen Ausbildung.

Die Kollegstufe im Gymnasium bzw. in der Fachoberschule (17—18 Jahre) muß neu gestaltet werden, damit die Schüler besser für das Studium im Hochschulbereich vorbereitet werden können. Sie schließt ab mit dem Abitur, das zum Studium im Gesamthochschulbereich berechtigt.

Voraussetzung für bessere Ergebnisse aller Bildungsanstrengungen ist die Verminderung der Klassenstärke in allen Schulen. Neue Schulformen und neue Lehrmethoden sind verstärkt in Modellform zu erproben, damit sie bei Bewährung allgemein eingeführt werden können.

Für den Erfolg der Schulreform ist auch eine gründliche Reform der Lehrerbildung unerlässlich. Diese muß für alle Schularten ein erziehungswissenschaftliches und ein fachwissenschaftliches Studium umfassen.

*Neuordnung  
der  
Berufsbildung*

Der technisch-wissenschaftliche Fortschritt bedingt eine größere berufliche Beweglichkeit. Dringend notwendig ist es, der zu frühen Spezialisierung zu begegnen. Deshalb fordern wir Freien Demokraten:

Einführung eines einjährigen Berufsgrundjahres, das eine breitere Basis der Allgemeinbildung vermittelt.

Zur Ergänzung der Berufsausbildung in den Betrieben sind Kurse an überregionalen Lehrwerkstätten anzubieten. Hier sollen vor allem den Auszubildenden aus Klein- und Mittelbetrieben die Kenntnisse vermittelt werden, die ihnen ihre Betriebe auf Grund persönlicher und materieller Leistungsfähigkeit nicht geben können.

Das berufsbildende Schulwesen in seiner schwer durchschaubaren Vielfalt muß völlig neu geordnet werden. Notwendig ist eine Bestandsaufnahme und längerfristige Planung. Der Staat muß sich dieser Aufgabe mit größerem Nachdruck in enger Zusammenarbeit mit den Gemeinden annehmen.

Die Fachoberschulen müssen verstärkt ausgebaut werden.

Das Angebot an Berufsfachschulen, die nach zwei oder drei Jahren zu einer abgeschlossenen Berufsausbildung führen, muß verstärkt werden.

Wo immer möglich, sollten die verschiedenen Schulformen örtlich zusammengefaßt werden (Schulzentren).

*Sofortige  
Reform der  
Lehrpläne*

- ★ Die Lehrpläne müssen von überflüssigem Lehrstoff bereinigt werden.
- ★ Die Entwicklung von Lern-, Denk- und Kritikfähigkeit ist so wichtig wie das Bilden von Wissen. Ausdrucksfähigkeit und Entschlußkraft sind zu üben.
- ★ Notwendig ist eine Orientierung über die Zusammenhänge, die für Gesellschaft, Staat und Wirtschaft bestimmend sind.

- \* Das Angebot an Kursfächern ist erheblich zu verstärken. Solange dies nicht verwirklicht ist, soll Vorbereitungsunterricht für Übertrittsschüler zur Pflicht gemacht werden.
- \* Die Lehrpläne und Ausbildungswege sind so aufeinander abzustimmen, daß der Übertritt von einem Ausbildungsweg zum anderen erleichtert wird.
- \* Der Sport in der Schule und während der Berufsausbildung muß intensiviert werden.

Die Vielfalt verschiedener Aktivitäten in der Erwachsenenbildung muß überschaubar gemacht und koordiniert werden.  
Deshalb fordern wir Freien Demokraten:

*Ausbau der  
Erwachsenen-  
bildung*

- \* Die Verabschiedung eines Gesetzes für Erwachsenenbildung und die Einrichtung eines Bayerischen Volksbildungswerkes, in dem die Zusammenarbeit der verschiedenen Träger institutionell verankert wird. Dieses Gremium soll auch gemeinsam zu lösende Aufgaben übernehmen (z. B. die pädagogische Grundbildung für Assistenzkräfte in der Erwachsenenbildung).
- \* Verbindliche Prüfungsordnungen für berufsbezogene Weiterbildungsmaßnahmen, um deren Wirkung zu vergrößern (Erteilung von anerkannten Testaten).
- \* Mehr Berufsförderung (z. B. Umschulungsmaßnahmen).
- \* Mehr Bildungsmaßnahmen für Frauen, um den Wiedereintritt in das Berufsleben zu erleichtern.
- \* Ausbildung von Dozenten und Assistenzkräften für die Erwachsenenbildung.
- \* Ausbau des öffentlichen Büchereiwesens. Die Buchversorgung der Bevölkerung in Landgemeinden ist durch Kreisfahrbüchereien zu verbessern.
- \* In den Schwerpunktgemeinden der mittleren und unteren Regionen sind Kulturzentren einzurichten. Sie sollen der kulturellen Betätigung und der Erholung dienen. In ihnen sind zu vereinen: Bildungseinrichtungen, Brauchtum und Heimatpflege, Kunstpflege, Büchereiwesen usw.
- \* Die Förderung der Kunst darf sich nicht nur an Subventionen orientieren, sondern muß den künstlerisch schaffenden Menschen in den Mittelpunkt der Überlegungen stellen. Die autoritären Organisationsformen der Theater sind abzubauen.

Die Erziehung zu demokratischem Verhalten kann nur erfolgreich sein,

wenn die autoritären Formen in der Schulverwaltung abgebaut werden.

Wir Freien Demokraten fordern daher:

- \* Die Entscheidungsbefugnisse der Lehrerkollegien zu erweitern und eindeutig festzulegen.
- \* Einrichtung von Konferenzen der Lehrer aller Schularten im regionalen Bereich, um die bildungspolitischen Aufgaben besser koordinieren zu können.
- \* Allen Schülern und Lehrlingen sind ihrem Lebensalter entsprechende Selbstverwaltungsaufgaben zu übertragen.
- \* Die politische Meinungsfreiheit und Meinungsbildung muß für Schüler und Lehrlinge gewährleistet sein.
- \* Schülerzeitungen dürfen nicht zensiert werden.
- \* Der Zusammenschluß der Schulsprecher auf Regional-, Landes- und Bundesebene muß auch in Bayern gewährleistet sein.

Die Schulleitung ist bei Mitwirkung von Eltern- und Schülervertretung vom Lehrerkollegium zu wählen.

Bei allen Instanzen der Schulorganisation sichern gewählte Lehrer-, Eltern- und Schülervertreter die demokratische Mitbestimmung und Meinungsbildung. Die gesetzlichen Grundlagen dafür sind zu schaffen.

Für den Ausbau von Unterbringungsmöglichkeiten für Schüler, Lehrlinge und Studenten sind Zuschüsse an die Träger zu gewährleisten.

Die dringend notwendige Hochschulreform ist voranzutreiben. Die Fachhochschulen sind in die Gesamthochschule zu integrieren. Dabei gehen wir von dem von der F.D.P. entwickelten Rahmengesetz für die Hochschulverfassung aus.

Im ganzen Hochschulbereich müssen Studienpläne und Prüfungsordnungen gründlichst reformiert werden.

Im Hochschulbereich sind solche Modelle vorrangig zu unterstützen und finanziell zu fördern, welche nach Studiendauer und Fächerkombination möglichst flexible Studiengestaltung erlauben.

Die bislang ergriffenen und geplanten Maßnahmen zur Beseitigung der Studienbeschränkungen reichen nicht aus. Alle Möglichkeiten zur Erweiterung der Hochschulkapazitäten müssen genutzt werden.

Die Planung einer neuen Technischen Hochschule in Nürnberg ist voranzutreiben.

Die Planungskompetenzen für den Hochschulbereich sind neu zu ordnen.

## VORSORGE FÜRS LEBEN

In der Welt von heute kommt der Gesundheitsvorsorge eine ausschlaggebende Bedeutung zu. Sie ist unter der Herrschaft der CSU vernachlässigt worden. Auf diesem wichtigen Gebiet praktizierte die Regierungspartei eine bekannte Taktik: Drei Jahre lang nichts tun und im Jahr vor der Wahl mit hochgespielten Einzelaktionen Augenauswischerei zu betreiben.

Wir Freien Demokraten fordern:

*Moderne  
Gesundheits-  
politik*

- ★ Einen Landesgesundheitsplan.  
Schwerpunkte: Gesundheitsvorsorge (Krebsfrüherkennungen, Diabetes und Kreislauferkrankungen), Ausbau von Krankenhäusern und Kureinrichtungen. Beseitigung der organisatorischen Trennung von psychiatrischen und allgemeinen Krankenhäusern zur Beseitigung der Diskriminierung der psychisch Kranken. Als Sofortmaßnahmen sind notwendig:
- ★ Mehr Planstellen in den Krankenhäusern, Einführung des Kollegialsystems für Ärzte.
- ★ Durch Einrichtung von Leicht- und Langzeitkrankenhäusern werden Großkliniken entlastet. Die Betreuung können freiberuflich tätige Kassenärzte übernehmen.
- ★ Zur Sicherung der ärztlichen und zahnärztlichen Versorgung auf dem Lande sind geeignete finanzielle und andere Förderungsmaßnahmen vordringlich.
- ★ Vordringliche Schaffung von Altenwohnheimen mit Pflegeabteilungen.
- ★ Der Krankenkassenpatient darf kein Patient minderen Rechts sein. Für seine Unterbringung und ärztliche Versorgung sind ausschließlich medizinische Gesichtspunkte maßgebend.
- ★ Allen Sozialisierungstendenzen, die den freien Arztberuf und die freie Arztwahl einschränken, tritt die F.D.P. entgegen.
- ★ Der Breitensport ist mit allem Nachdruck zu fördern. Für private Sportinitiative muß die Bürokratie vereinfacht werden.

# LANDWIRTSCHAFT

## UNABHÄNGIGE BAUERN

*Schrittweise  
Hinführung  
der  
bayerischen  
Landwirtschaft  
zur freien  
Wettbewerbs-  
wirtschaft*

Die CSU hat die großen Probleme der Landwirtschaft in Bayern nur zugedeckt, aber nicht gelöst. Anstelle rationaler zukunftsweisender Politik auf diesem für Bayern so wichtigen Gebiet hat sie mit emotionalen Parolen in der bauerlichen Bevölkerung eine Erwartung wachgerufen, der sie nun nicht mehr entsprechen kann. Besonders schwerwiegend sind dabei die Versäumnisse, die zu Lasten der Jugend auf dem Lande im Schulwesen gemacht wurden. Enttäuschung und Resignation vieler Landwirte sind die bedauerlichen Folgen dieser vergangenheitsbezogenen Agrarpolitik. Um diese Resignation und Unsicherheit zu überwinden und die Chancengleichheit für die Bauern herzustellen, muß dieser wichtige Wirtschaftssektor durch schrittweise Reformen der Wettbewerbswirtschaft angenähert werden. Gegen die „Agrarstruktur der Vergangenheit“ fordern wir:

- ★ Die Landwirtschaft muß zu einem gleichrangigen Teil unserer modernen Volkswirtschaft entwickelt werden, der an der allgemeinen Einkommens- und Wohlstandsentwicklung in vollem Umfange teilnimmt.
- ★ Der entwicklungsfähige bäuerliche Familienbetrieb garantiert ein Höchstmaß an individueller Freiheit. Er bleibt daher Leitbild liberaler Agrarpolitik.
- ★ Dementsprechend wird der entwicklungsfähige bäuerliche Familienbetrieb weiterhin an allen Förderungsmaßnahmen teilhaben. Parallel dazu soll die gleichberechtigte Förderung von Zusammenschlüssen auf kooperativer Basis, auch solcher von Nebenerwerbern, einsetzen.

- \* Zentrale Maßnahme in der Strukturpolitik wird ein „einzelbetriebliches Förderungs- und soziales Ergänzungsprogramm für die Land- und Forstwirtschaft“ sein, das den vorerwähnten Betrieben und Kooperationen die Investitionstätigkeit erleichtern und nicht-entwicklungsfähigen Betrieben durch einen Katalog von sozialen und bildungsfördernden Maßnahmen helfen soll, Anschluß an die allgemeine Einkommensentwicklung zu finden.

Den Betrieben, von denen in naher Zukunft die Einstellung der landwirtschaftlichen Produktion erwartet wird, sind echte Alternativen anzubieten, vor allem durch Schaffung von geeigneten Arbeitsplätzen.

- \* Allen Bestrebungen, die Strukturprobleme durch Druck auf die Erzeugerpreise lösen zu wollen, wird entgegengetreten. Die Entwicklung der Erzeugerpreise muß sich im Rahmen einer aktiven Preispolitik an der Entwicklung der Kosten orientieren.

- \* Das sozialpolitische Gefälle zwischen der Landwirtschaft und anderen Wirtschaftsbereichen ist abzubauen. Insbesondere sind vorrangig zu verwirklichen:

- gesetzliche Regelung der Krankenversicherungspflicht
- Erhöhung des Altersgeldes
- Nachversicherungsmöglichkeit zur Rentenversicherung für ausscheidende Landwirte
- Verbesserung der Landabgaberechte
- Förderung der langfristigen Verpachtung

- \* Die Vermarktung in Form von Erzeugergemeinschaften ist zum Zwecke besseren Ertrages der Landwirtschaft zu fördern.

- \* Dem Erwerbsgartenbau ist künftig größere Beachtung zu schenken. Im Interesse von Erzeuger und Verbraucher sind Absatzgenossenschaften zu fördern. Die Heizölsteuer für Gartenbaubetriebe ist zu erlassen.

- \* Bessere Auswertung der durch den Fremdenverkehr gerade in Bayern gebotenen Möglichkeiten durch entsprechende Maßnahmen zur Förderung der Aktion „Urlaub auf dem Bauernhof“. Finanzhilfen für die hierzu nötigen Investitionen müssen erheblich verstärkt werden.

- \* Besonderen Vorrang hat die Reform des Bildungswesens auf dem Lande, damit die Voraussetzungen für gleiche Behandlung der Jugend auf dem Lande geschaffen werden. Dies gilt auch für die berufsbezogene Bildung und Ausbildung, insbesondere für die Hilfen nach dem Ausbildungsförderungsgesetz.

## VORBEUGENDE VERBRECHENSBEKÄMPFUNG

*Für einen  
fortschritt-  
lichen  
Strafvollzug*

Die CSU mißachtet das Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung, wenn sie den Strafvollzug nur ideologisch sieht. Ziel muß allein die Verhinderung der Rückfälligkeit, also die Resozialisierung des Täters sein. Strafvollzug als Vergeltung ist sinnlos!

Wir Freien Demokraten sind der Ansicht, daß die *vorbeugende* Verbrechensbekämpfung die beste ist.

Wir Freien Demokraten fordern:

- ★ In sozial besonders gefährdeten Stadtvierteln sind Kindergärten bevorzugt einzurichten, um den Umweltsbedingungen, die die Gefahr einer früh einsetzenden Kriminalität in sich bergen, rechtzeitig zu begegnen.
- ★ Planstellen für Schulpsychologen sind zu schaffen, um den kriminellen Ansätzen, die regelmäßig bereits im Schulalter hervortreten, wirksam begegnen zu können.
- ★ Das Personal der Fürsorgeheime ist auf fachliche Qualifikation zu überprüfen, um zu vermeiden, daß diese Heime weiter Brutstätten der Kriminalität bleiben.

- \* Die bayerische Polizei muß moderner ausgerüstet werden durch Bildfunk, Ferninformation und Datenbank, um den Methoden der Kriminellen gewachsen zu sein. Die Daten aus der Verbrechenskartei müssen für jede Polizeidienststelle sofort abrufbar sein.
- \* Die zunehmende Wirtschaftskriminalität ist durch spezialisierte Schwerpunktstaatsanwaltschaften zu bekämpfen.
- \* Um das Vertrauen zwischen Bürger und Polizei zu vergrößern, sollen sich Polizisten durch Namensschilder vorstellen.
- \* Die Ausbildung der Polizei muß den Anforderungen einer demokratischen Gesellschaft angepaßt werden.
- \* Im Strafvollzug ist Gelegenheit zu geben, soziale Verhaltensweisen zu erlernen, die das Zurechtfinden in der Freiheit ermöglichen. Eigenverantwortlichkeit und Initiative sind daher zu fördern.
- \* Die Arbeit in der Strafanstalt muß sinnvoll sein und darf nicht abstumpfen. Der Vollzug muß genützt werden, um fehlende schulische und berufliche Ausbildung nachzuholen.
- \* Die Arbeit ist tarifmäßig zu entlohnen, um den Häftling in die Lage zu versetzen
  - seine Familie selbst zu unterhalten
  - Sozialbeiträge weiterzuzahlen
  - nach Möglichkeit den angerichteten Schaden wieder gutzumachen
  - die finanziellen Voraussetzungen für den Aufbau einer Existenz nach der Entlassung zu schaffen.
- \* Aus rechtsstaatlichen Gründen ist für Sicherungsverwahrte eine gesonderte Anstalt, gegebenenfalls zusammen mit anderen Bundesländern, zu schaffen, in der die Insassen alle bürgerlichen Freiheiten behalten, die nicht dem Sicherungszweck zuwiderlaufen.

## BAYERN BRAUCHT DIE F.D.P.

Wir Freien Demokraten halten, was wir versprechen. In Bonn werden die Ziele unserer Nürnberger Wahlplattform verwirklicht.

Die aktiven Bürger unseres Landes unterstützen die liberale Politik der notwendigen Reformen.

In Bayern wird die F.D.P. das vorliegende Programm zur Grundlage ihrer parlamentarischen Arbeit machen. Bayern braucht die liberale Partei. Wählen Sie mit den Freien Demokraten den Weg des Fortschritts in eine besser gestaltete Zukunft Bayerns.

Jetzt hat es der Wähler in der Hand, die CSU-Herrschaft zu beenden und zu einem Regierungswechsel in Bayern beizutragen. Als eigenständige liberale Kraft ist die F.D.P. zu dieser Entscheidung bereit.

Herausgeber: Freie Demokratische Partei, Landesverband Bayern,  
Hauptgeschäftsführung 8 München 15, Landwehrstraße 3  
Gestaltung: T & L